

BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK

Heft 3 Köln, 20. März 1958 Preis DM 1.-

Dritter Jahrgang - Postverlagsort Köln

Unter Mitarbeit von

Franz Beyer - Reimar von Bonin
Ulrich W. Doering - Helmut Dörr
Josef Emonds - Hermann Etzel
Georg Groening - Walter Hagemann
Johannes Hessen - Hans Iwand
Yasushi Nishiwaki
Manfred Pahl-Rugenstein - Rudolf Pikola
Franz Rauhut - Hermann Rauschnig
Hans Rheinfelder - Renate Riemeck
Franz Paul Schneider - Ernst Schwarz
Katharina Seibert
Hermann Strathmann - Leo Weismantel
Johannes Weidenheim
Karl Graf von Westphalen - Hans Wirtz
und anderen

Inhalt:

- Prof. Dr. Renate Riemeck, „Die Stunde des nationalen Notstandes“ S. 149
- Heinz Seeger, „Die Stunde verlangt uns“ S. 159
- Prof. Dr. Walter Hagemann, „Der Hexenwahn des 20. Jahrhunderts“ S. 161
- Prof. Dr. Aloys Wenzl, „Wir bitten um Verständnis“ S. 167
- Erich Rüttel, „Gewerkschaften vor der Entscheidung“ S. 168
- Prof. Dr. Leo Weismantel, „Was ist gemeint?“ S. 173
- Mechthild C. Kerlen, „England und das Disengagement“ S. 178
- Prof. D. Hans Iwand, „Die evangelische Kirche und der Protest gegen die atomare Bewaffnung“ S. 185
- Johannes Weidenheim, „Atomrüstung — nein oder nein?“ S. 187
- Dr. Basil Mathiopoulos, „Die Entwicklungsstufen der Zypernfrage und ihre Rückwirkungen“ S. 190
- Kaspar Thomas Lenk, „... und fragt nicht, was gewesen ist“ S. 196
- Hans Hellmut Kirst, „Provokation zu Einsicht und Frieden“ S. 198
- Kurt Hirsch, „Wirtschaftliche und politische Sünden Frankreichs als Ursachen des Algerien-Krieges“ S. 206
- Zeitdokumente (Appell der Vierundvierzig; Resonanz darauf; Anfrage an die Synode der EKD; Entschließung der naturwissenschaftlichen Fakultät Frankfurt; Erklärung von 204 Angehörigen der Universität London) S. 211

Prof. Dr. Renate Riemeck

Die Stunde des nationalen Notstandes

Verantwortlich ist jeder

Wir leben in einer Stunde nationalen Notstandes. Die überwältigende Mehrheit des deutschen Volkes lehnt das selbstmörderische Risiko einer atomaren Aufrüstung der Bundesrepublik ab. Hunderte von deutschen Wissenschaftlern haben gewarnt und gemahnt. Die Öffentlichkeit ist erregt. Aber der Bundesverteidigungsminister fliegt nach Amerika und erklärt bei seiner Ankunft, in Deutschland wie in jedem anderen Lande bestünden Widerstände gegen die Errichtung von Raketenbasen. Die Bundesregierung erwarte jedoch die Vorschläge des Nato-Oberkommandierenden und sei entschlossen, „ihre Pflicht zu tun“. Wenige Tage später bestellte er sechzig amerikanische Matador-Raketen. Jedermann weiß, daß dies taktische Atomwaffen

sind, bzw. jederzeit als solche eingesetzt werden können. Herr Strauß möchte sie, wie er verlauten ließ, zu Ausbildungszwecken für die Armee verwenden und außerdem der in der Raketentechnik „völlig kenntnislosen“ deutschen Industrie zum Studium der Herstellungsmethoden zur Verfügung stellen (!). — Wir wissen also Bescheid. Der erste vorbereitende Schritt zur atomaren Bewaffnung Westdeutschlands ist vollzogen. Das Spiel mit dem Feuer hat begonnen.

Aus Bonner Regierungskreisen ist bekannt geworden, daß man sich auf folgende Grundlinien der Politik eingestellt hat: 1. Ein Verzicht auf Atomwaffen ist politisch falsch. 2. Die Atombewaffnung kann nur durch ein allgemeines Abrüstungsabkommen überflüssig gemacht werden. 3. Solange ein solches Abkommen nicht erreicht wird, ist die Bundesrepublik darauf angewiesen, Atomwaffen zu ihrer Verteidigung zu erhalten („Die Welt“, Nr. 55/1958).

Die Bundesregierung wird also die Spannung in der Welt verschärfen, die Spaltung Deutschlands unheilvoll vertiefen und 67 Millionen deutsche Menschen dazu nötigen, weiterhin mit John Foster Dulles „am Abgrund des Krieges“ zu existieren. Sie wird dies alles gegen den Willen des Volkes tun. Sie wird es unter Berufung darauf tun, daß die parlamentarische Mehrheit ihrer Politik zustimmt.

Es war schon mehrfach das Glück des Bundeskanzlers, daß die Väter des Bonner Grundgesetzes die Möglichkeit eines Volksentscheides nicht in die Verfassung aufgenommen haben. Jeder Bundeskanzler könnte also — theoretisch — mit Hilfe einer durch vorsätzliche Irreführung der Wählerschaft zustande gekommenen Bundestagsmehrheit dem Volke seinen Willen aufzwingen. Könnte er das wirklich?

Wir leben in keiner Diktatur. Wir leben in einer Demokratie. In einer Demokratie aber ist die öffentliche Meinung eine Macht, an der keine Regierung vorbeikommt. In einer Demokratie ist jeder einzelne der Staat, ist jeder einzelne verantwortlich für das Ganze. Die Nation ist die Summe souveräner Staatsbürger. Sie kann durch eine klare und eindeutige Bekundung ihres Willens die Bundestagsmehrheit und den Kanzler dazu bewegen, eine verhängnisvolle Politik zu ändern. Wer in einer Demokratie dürfte es wagen, den stimmfähigen Staatsbürgern zu erklären, sie dürften in Schicksalsfragen des Volkes nicht mitreden? Diesen Tatbestand gilt es dem deutschen Volke bewußt zu machen. In Abwandlung eines Wortes des Grafen Mirabeau dürfen wir in aller Deutlichkeit sagen: Das deutsche Volk empfängt in dieser Stunde keine Befehle! Es gibt welche!

Wie aber können die verantwortlich denkenden Staatsbürger ihrem Willen Geltung verschaffen? Ist bisher nicht alles vergebens gewesen?

Genügen Resolutionen allein?

Im Laufe des vergangenen Jahres sind viele Resolutionen verfaßt und an Regierung und Parlament weitergeleitet worden, man möge doch die Bundesrepublik nicht in den verbrecherischen Wettlauf der atomaren Aufrüstung einbeziehen.

Als Dr. Adenauer mit dem ihm eigenen Spürsinn für Volksstimmungen die beginnende Beunruhigung der Öffentlichkeit über seine militärischen Pläne mit der von Skrupeln freien, simplifizierten Erklärung zu beschwichtigen suchte, daß die „taktischen Atomwaffen“ nichts anderes seien als „eine Weiterentwicklung der Artillerie“, da standen die Wissenden auf und sagten dem Volk die Wahrheit: Eine „taktische“ Atomwaffe hat heute bereits die Sprengkraft der Hiroshimabombe, die 270 000 Menschen tötete und zahllose andere einem langsamen, qualvollen Sterben ausgeliefert hat! Die Anwendung der „strategischen“ Vernichtungsmittel aber könnte ganze Völker auslöschen! Der Schleier, mit dem der Kanzler seine Absichten umwoben hatte, war jäh zerrissen. Die Göttinger Achtehn hatten das Volk aufgerüttelt. Ihr Aufruf gipfelte in der Feststellung, daß die Bundesrepublik „ausdrücklich und freiwillig auf den Besitz von Atomwaffen aller Art“ verzichten müsse,

wenn sie sich selberschützen und dem Weltfrieden dienen wolle. Der Kanzler aber ging nach anfänglicher Verärgerung und späterem freundlichen Empfang einiger der Unterzeichner des Appells zur Tagesordnung über.

Dann sprach Albert Schweitzer. Seine beschwörenden Worte verhallten ebenso wie Bertrand Russells Warnungen. Kanzlertreue Bundestagsabgeordnete brachten das Atomgesetz zu Fall, um der atomaren Bewaffnung Westdeutschlands das Tor zu öffnen.

Dann reichte Frau Dr. Elisabeth Heimpel eine — inzwischen — von fast 10 000 deutschen Frauen unterzeichnete Petition an den Bundestag ein. Aber der Kanzler stieg in die Wahlkampfarena und behauptete, die Frage der Atombewaffnung sei überhaupt noch gar nicht aktuell. Abgeschirmt durch die Londoner Abrüstungsverhandlungen konnte er einen Wahlsieg erringen, der sich auf die Ablenkung der Wähler von den tatsächlich zur Entscheidung stehenden Fragen gründete. Sie stimmten am 15. September für den „Wohlstand“ und die „Sicherheit“ ihrer wirtschaftlichen Existenz. Daß es bei dieser Wahl für oder gegen die Gefahr des Atomtodes gegangen war, bemerkten sie erst vier Wochen später, als Mr. Dulles und seine europäischen Protagonisten die Errichtung von Raketenbasen forderten und sich der Bundeskanzler auf der Pariser Nato-Konferenz gegen den Rapacki-Plan einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa aussprach. Um die Reaktion der Öffentlichkeit zu dämpfen, gab er eine ganz vage Erklärung über die Möglichkeit diplomatischer Verhandlungen mit dem Kreml ab. Er tat dies in einem Nebensatz (!) seiner Rede im Palais Chaillot. Aber er erreichte sein Ziel: die meisten deutschen Zeitungen begrüßten hoffnungsfroh und voreilig den Beginn einer neuen politischen Entwicklung. Doch nachdem dies geschehen war, nahm er den zuversichtlichen Leitartiklern schleunigst wieder den Wind aus den Segeln. Es ist die alte bewährte Methode: die Presse wird vorübergehend von einem unerwarteten Schachzug des Bundeskanzlers fasziniert und preist seine staatsmännische Weisheit. Und während sie noch voll des Lobes ist, hat er bereits den Zug schon wieder rückgängig gemacht und die Figur auf den alten Platz zurückgeschoben.

Der Bundeskanzler hat jedenfalls nach Paris gezeigt, daß er von den Protesten und Warnungen der Wissenschaftler und den Bittschriften der Bevölkerung nicht zu beeindruckt ist. Das Ergebnis aller dieser Bemühungen liegt nunmehr deutlich zu Tage: Herr Strauß hat in der Bundestagsdebatte vom 23. Januar das böse Wort von der Atompanikmache gesprochen, und in Amerika erklärte er rundweg: „Ich verstehe nicht, weshalb Waffen in den Händen der Nato gefährlicher sind als in den Händen der Russen.“ Waffen? Es handelte sich überhaupt nicht um Waffen, sondern um Massenvernichtungsmittel! Und wie sich der Herr Bundesverteidigungsminister den Einsatz dieser „Waffen“ vorstellt, hat er uns ebenfalls wissen lassen. Er hat nämlich am Vorabend seiner Amerikareise in einem Interview mit Associated Press auseinandergesetzt, was er unter Sicherheit und Friedenserhaltung durch atomare „Abschreckung“ versteht: „Das Echo auf den ersten (feindlichen) Gewehrschuß“ wird „eine nukleare und thermonukleare Explosion“ sein. Sie haben richtig gelesen: ein Gewehrschuß des Gegners wird mit A- und H-Bomben beantwortet. Wir wissen nun also, was uns bevorsteht, wenn Herr Strauß Gewalt über diese modernen „Verteidigungswaffen“ bekommen würde! Die kriegerischen Töne des Bundesverteidigungsministers erinnern an „das Säbelrasseln“ Wilhelms II und an Tirpitz' aufreizende Reden vor dem 1. Weltkrieg.

Schon kann man in Bonn hören, daß die Gegner der atomaren Aufrüstung an die Angst appellieren und die Feigheit der Menschen ansprechen. Es fehlt nur noch das sattsam bekannte Wort von der „Wehrkraftzersetzung“!

Die Zeit der Resolutionen ist vorbei. Sie haben nichts bewirkt. Es ist also nötig

geworden, zu Aktionen überzugehen, denn der Verteidigungsminister steht bereits in der Aktion.

Der Appell der Vierundvierzig

In dieser Situation haben sich 44 Professoren von Universitäten und Hochschulen an die gewerkschaftlich organisierte Arbeitnehmerschaft gewandt und sie „zu gemeinsamer öffentlicher Bekundung“ aufgerufen. Die Wissenschaftler sind in einer Stunde drohender Gefahr aus ihren Hörsälen und Laboratorien in die Öffentlichkeit gegangen und haben die sechs Millionen Staatsbürger, die im Deutschen Gewerkschaftsbund zusammengeschlossen sind, an die Verantwortung gemahnt, die jeder einzelne von ihnen für das Wohl und die Zukunft unseres Volkes zu tragen hat. Sie haben Vertrauen zu dem Verantwortungsbewußtsein der Arbeiter.

Jeder der Vierundvierzig wußte, daß diesem ungewöhnlichen Schritt historische Bedeutung zukommt. Es ist in Deutschland noch nie geschehen, daß Hochschullehrer an die berufsständischen Organisationen der Arbeiter und Angestellten appelliert haben, gemeinsam mit ihnen für eine friedliche Verständigung zwischen den Völkern und gegen eine verhängnisvolle Militärpolitik zu kämpfen. Zum ersten Mal in der deutschen Geschichte haben Professoren der verschiedensten Fakultäten (Theologen, Philosophen, Mediziner, Juristen und Naturwissenschaftler), ungeachtet ihrer verschiedenen wirtschaftlichen, politischen und weltanschaulichen Auffassungen aufgerufen, die Wissenschaftler nicht länger allein zu lassen.

Der Gewerkschaftsbund ist parteipolitisch neutral. Aber er hat sich vorbehalten, zu wichtigen Lebensfragen unseres Volkes Stellung zu nehmen. So hat der Bundesvorstand des DGB sich schon am 18. April 1957 „gegen die Lagerung von Atomwaffen in Deutschland, gegen die Ausbildung an Atomwaffen sowie gegen die Entwicklung von Atomwaffen“ gewandt. Es hat nichts genützt, wie die Amerikareden des Verteidigungsministers eindeutig beweisen.

Entschließungen und Deklamationen allein sind unzureichend geworden. Sie vermögen nicht, „der Logik des Wahnsinns“ (Weizsäcker) Einhalt zu gebieten, der die vom militärischen Denken gänzlich besessenen Atompolitiker folgen wollen. Außerparlamentarische Kräfte müssen jetzt — in der Stunde der Gefahr — aktiviert werden. Sie müssen in Bewegung kommen; denn wir stehen vor der folgenschweren Tatsache, daß die Politik in der Bundesrepublik abgedankt wird. Sie soll den Nato-Generalstäblern — landfremden Offizieren! — überantwortet werden, damit der Rapacki-Plan torpediert werden kann und das deutsche Volk wieder einmal Nibelungentreue in einem Militärsystem beweisen darf.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund ist eine Macht des öffentlichen Lebens. Er ist die größte demokratische Organisation in der Bundesrepublik. Er hat große Möglichkeiten, das Gewissen der werktätigen Menschen in der Bundesrepublik aufzurütteln und nicht zur Ruhe kommen zu lassen. Er kann und muß der Hüter des Rechts sein, das jeder Deutsche auf sein Leben hat. Er kann und muß verhindern, daß wir dazu gezwungen werden, zwischen Atom- und H-Bombenarsenalen zu existieren. Er kann und muß darüber wachen, daß der Wille des Volkes maßgeblich bleibt und der Gedanke der Demokratie nicht rein formaldemokratisch interpretiert wird.

Als es 1955 um die Einbeziehung der Bundesrepublik in das westliche Militärsystem und um die Wiederaufrüstung ging, kam es zur Paulskirchenbewegung, zu Protestdemonstrationen und Kundgebungen. Das „Deutsche Manifest“ wurde veröffentlicht, in dem zum entschlossenen Widerstand gegen Tendenzen einer endgültigen Zerreißen des deutschen Volkes aufgerufen und gegen die Aufstellung deutscher Nato-Verbände Stellung genommen wurde. Das Manifest appellierte an Bun-

destag und Bundesregierung, der Verständigung über die Wiedervereinigung durch Viermächteverhandlungen den Vorrang vor der militärischen Blockbildung zu geben.

Aber der Bundestag ratifizierte die Pariser Verträge, und das Bundeskabinett erklärte, das Parlament sei ausschließlich befugt außenpolitische Entscheidungen zu fällen. Dr. Adenauer verurteilte in scharfer Form die Männer und Frauen der Paulskirche und warf ihnen vor, sie hätten „die Straße“ mobilisiert. Warum scheiterte die Bewegung gegen die Wiederbewaffnung Westdeutschlands im Rahmen der Nato? War die Adresse falsch gewählt, an die sich das „Deutsche Manifest“ richtete? Genügte die Abfuhr aus Bonn, die gleich als Frontalangriff erfolgte, um die Schwungkraft der Bewegung zu lähmen? Fürchtete man, daß die zuverlässig und prompt lautgewordenen Verleumdungen, die Paulskirchenbewegung arbeite dem Osten in die Hände, dem Ansehen der Opposition schaden könne? Oder hatten die Initiatoren des „Deutschen Manifestes“ den Glauben an den Widerstandswillen des deutschen Volkes verloren?

Die Bewegung versandete, weil sie von keiner machtvollen Organisation vorangetrieben wurde. Es kam daher, wie es kommen mußte und was vorauszusehen gewesen war: Die vollzogene Nato-Mitgliedschaft der Bundesrepublik hat uns entgegen den Prophezeiungen Dr. Adenauers dem Frieden und der Wiedervereinigung nicht näher gebracht. Heute leben wir statt in Sicherheit in größter Unsicherheit, ja vielleicht am Anfang eines Krieges, der alles Leben vernichtet.

Der Kanzler setzte am 27. Februar 1955 im Bundestag bei der Verabschiedung der Pariser Verträge mit Hilfe der parlamentarischen Mehrheit seinen Willen durch, und das Volk resignierte. Bei der Paulskirchenbewegung ging es um den Versuch, Bundestag und Regierung dazu zu veranlassen, das Wiedervereinigungsproblem vorrangig zu machen und die Bindung der Bundesrepublik an den westlichen Militärblock nicht zu vollziehen, ehe nicht alle Möglichkeiten für Wiedervereinigungsverhandlungen geprüft worden waren. Es handelt sich also im Grunde um eine Verfahrensfrage.

Die Gewerkschaftsjugend, Studenten und Tausende von deutschen Menschen aber veranstalteten damals Protestkundgebungen gegen die Wiederaufrüstung überhaupt. Für Verfahrensfragen — und mögen sie politisch noch so wichtig sein — kann man den „entschlossenen Widerstand“ des Volkes nicht verlangen. Die Bewegung mußte zum Stillstand kommen, als diese Fragen durch parlamentarischen Mehrheitsbeschluß erledigt und vollendete Tatsachen geschaffen worden waren. Eine oppositionelle Volksbewegung kann nur lebendig bleiben, wenn es sich um eine klare und grundsätzliche Entscheidung gegen eine Sache handelt. Das Scheitern der von der Paulskirchenversammlung ausgelösten Aktionen war also nicht verwunderlich. Heute liegen die Dinge völlig anders. Wir wissen genau, worum es geht. Wir haben ein klares und eindeutiges Ziel. Es heißt: Widerstand — demokratischer Widerstand gegen die Atomaufrüstung in der Bundesrepublik, — auch dann, wenn die Mehrheit des Bundestages gegen den Willen des Volkes beschließt, das tödliche Risiko des Atomtodes über uns zu verhängen.

Die Erfahrungen, die man mit der Paulskirchenbewegung gemacht hat, sollten uns darüber belehren, daß wir nicht im geringsten damit rechnen können, durch Protestschriften die Starrheit der amtlichen Bonner Politik aufzuweichen. Im Bundestag herrscht der Kanzler. Die außenpolitischen Debatten dienen — entgegen den elementaren Spielregeln der Demokratie — schon lange nicht mehr einer echten Meinungsbildung der Abgeordneten, sondern nur noch der Darlegung von Standpunkten. Die Opposition wird grundsätzlich majorisiert. Außerparlamentarische

Kräfte müssen also aktiv werden, wenn das Unheil abgewendet werden soll. Der Kampf, den es heute aufzunehmen und durchzustehen gilt, kann nicht von Einzelpersonen und kleinen Gruppen geführt werden. Sie werden übergangen und mundtot gemacht. Und es gibt in unserer Bundesrepublik ein ganz einfaches Rezept dafür. Bei uns ist ja alles so einfach: die Außenpolitik, die Reden des Regierungschefs, die Erhaltung des Status quo, die Gleichschaltung mit Washington — und nicht zuletzt die Diffamierung des politischen Gegners. Jagt ihn, — den Andersdenkenden! Und der Andersdenkende gehört entweder zur Gruppe der unrealistischen „Intellektuellen“ (dann befindet er sich zwar in bester Gesellschaft bei Bertrand Russell, Kennan, Hahn, Heisenberg u. a.) oder er wird als kommunistisch infiziert bezeichnet (dann darf er sich in einer Reihe mit ehemaligen Reichskanzlern und hohen Diplomaten, Bundestagsabgeordneten und Trägern altpreußischer Adelsnamen wissen). Aber diese Einzelpersonen und Gruppen, die vor einem Irrweg warnen, auf dem der Tod für ein ganzes Volk lauert, sie sind erst einmal suspekt gemacht worden und in die Defensive gedrängt. Man beschäftigt sie damit, sich der üblen Verleumdungen zu erwehren.

Das darf nicht auch dieses Mal geschehen. Man darf es nicht zulassen, daß die Mahner und Warner verstummen, weil sie auf höchst undemokratische Weise mißachtet oder gar verächtlich gemacht werden. Es geht um Leben oder Tod. Die Bevölkerung der Bundesrepublik weiß das. Wenn auch Bundestag und Bundesregierung sich über die an sie gerichteten Aufrufe der Wissenschaftler hinweggesetzt haben und sie auch weiterhin ignorieren werden, — das Volk hat sie gehört! Wie wäre es sonst möglich, daß die in diesem Monat durchgeführte EMNID-Umfrage ein so niederschmetterndes Ergebnis für die Bonner Militärpolitik gehabt hat: 83 % der Befragten lehnten die Atombewaffnung ab (und es ist bemerkenswert, daß selbst die CDU-Wähler zu 71 % dagegen waren!). Leben wir noch in einer demokratischen Ordnung, die diesen Namen verdient, wenn die gewählte Regierung gegen den Willen des Volkes regiert?

In dieser Situation glaubten die vierundvierzig Professoren, daß nur noch die großen Organisationen der berufstätigen Bevölkerung dem Willen des Volkes Geltung verschaffen können. Die Gewerkschaften haben sich verpflichtet, alle Kraft zur Erhaltung der Demokratie, der Freiheit und des Friedens einzusetzen. Das legitimiert sie zum Handeln. Der Artikel 21 des Bonner Grundgesetzes besagt: „Die Parteien wirken bei der politischen Meinungsbildung des Volkes mit.“ Sie wirken mit! Das heißt also nicht, daß außerparlamentarische Kreise — nach vollzogener Stimmabgabe bei der Bundestagswahl — für die Dauer der Legislaturperiode von der politischen Verantwortung für die Meinungsbildung des Volkes ausgeschlossen sind. Wenn sich die Gewerkschaften zum Sprecher der Volksmeinung machen, verletzen sie weder die parteipolitische Neutralität (ein solches Ansinnen hätten wohl Universitäts- und Hochschulprofessoren nie an sie gestellt), noch mischen sie sich in die sogenannte „Außenpolitik der Bundesregierung“ ein.

Ganz abgesehen davon, daß für die Außenpolitik der Regierung wir — jeder einzelne Staatsbürger — die Rechnung zu begleichen haben, es handelt sich zur Stunde gar nicht um eine Frage der Außenpolitik, sondern um eine Schicksalsfrage der Nation. Die 44 Professoren haben sich an die Gewerkschaften gewandt, weil sie glauben, daß diese dazu berufen sind, die Interessen von Millionen arbeitender Menschen wahrzunehmen. Die Gewerkschaften können es deshalb auch nicht dulden, daß das vitale Interesse eines jeden Menschen an der Erhaltung seines Lebens für eine imaginäre „Sicherheit“ verpfändet wird, die es in Wahrheit gar nicht gibt.

Montgomery hat erklärt: „Wenn der Russe angreift, würde ich die größte verfügbare Atombombe gegen ihn abwerfen lassen, ohne mich um die Folgen zu kümmern (!)“. Und Strauß sagte klipp und klar. „Bei einem russischen Angriff werden wir zurückschlagen, auch wenn das Risiko tödlich ist.“ So also stellt man sich die Lösung der „Sicherheits“-frage vor. Alle Vorschläge, die zur Entspannung und schrittweisen Befriedigung der Welt gemacht worden sind (Gaitskell, Humphrey, Kennan, Rapacki u. a.) werden mit Hilfe von militärischen Argumenten, die der Oberkommandierende der Nato oder auch das Bundesverteidigungsministerium bereitwillig liefern, erledigt und zu Schanden gemacht. Man bleibt bei der Abschreckungstheorie, kalkuliert rigoros, aber folgerichtig das „tödliche Risiko“ ein und „kümmert sich nicht um die Folgen“. Die Bevölkerung der Bundesrepublik will, wie alle Völker der Erde, den Frieden. Sie will kein tödliches Risiko eingehen. Sie will, daß man wieder Politik macht und die Entscheidung über ihre Zukunft nicht den kalt rechnenden Abschreckungstheoretikern an den Generalstabstischen überläßt.

Darf man dem bösen Spiel, das mit uns getrieben wird, noch länger zuschauen?

Das Echo auf den Aufruf

Wie groß die Beunruhigung über die Frage der atomaren Bewaffnung bereits ist, geht aus der unerwartet großen Resonanz hervor, die der Appell der 44 Wissenschaftler in Gewerkschaftskreisen und breiten Schichten der Bevölkerung gefunden hat. In Telegrammen, Briefen und Entschliebungen haben Betriebsbelegschaften, Orts- und Kreisverbände des DGB sowie Delegiertenkonferenzen ihre Zustimmung zu dem Aufruf der Professoren bekundet. In wenigen Tagen haben sich allein eine Million Arbeitnehmer durch ihre Delegierten mit den Forderungen der Vierundvierzig solidarisch erklärt. In ihren Entschliebungen erklären die Gewerkschafter, nunmehr den Kampf gegen die Atombewaffnung und für eine atomwaffenfreie Zone im Sinne des Rapacki-Planes durch Unterschriftensammlungen, Protestveranstaltungen, Demonstrationen und wenn nötig auch durch befristete Arbeitsniederlegungen und Warnstreiks aktiv zu führen. Vielfach sind auch bereits die Wissenschaftler aufgefordert worden, in Gewerkschaftsversammlungen vor Arbeitern und Angestellten zu sprechen. In den Gewerkschaften besteht der Wunsch, den 1. Mai zu einer eindrucksvollen Kundgebung gegen den Atomtod zu machen.

Die Entwicklung gleicht in mehrfacher Weise derjenigen in England. Auch dort haben Wissenschaftler, Schriftsteller und Publizisten (wie Russell, Priestley, Collins) im Bunde mit gewerkschaftlichen Kreisen die Volksbewegung ausgelöst. Diese Volksbewegung richtet sich bemerkenswerterweise sogar gegen bereits bestehende vertragliche Verpflichtungen, die die Regierung Mac Millan den USA gegenüber hinsichtlich der Errichtung von Raketenbasen eingegangen ist. In dem klassischen Lande der funktionellen Demokratie gilt es als durchaus legitim, daß sich außerparlamentarische Kreise gegen die Außenpolitik der Regierung erheben und sogar eine Volksbewegung gegen bestehende Verträge entfalten!

Bei uns liegen solche Verpflichtungen noch gar nicht vor. Wir wollen verhindern, daß sie eingegangen werden. Das ist das gute Recht des Volkes in einer demokratischen Lebensordnung. Und wenn die Regierungsparteien der Volksbewegung gegen den Atomtod wie seinerzeit der Paulskirchenbewegung entgegenhalten, der Bundestag sei „ausschließlich befugt“ darüber zu entscheiden, dann müssen wir uns ernsthaft fragen, ob man damit nicht in Gefahr gerät, eine Art von Diktatur der parlamentarischen Mehrheit über das Volk auszuüben.

Die politische Meinung eines Volkes von souveränen Staatsbürgern kann in einer Demokratie nicht mit Hinweisen auf formale Sachverhalte abgewiesen werden. Das Grundgesetz gibt einen weiten Spielraum für eine außerparlamentarische

Willenskundgebung des Volkes (Art. 1, 2, 5, 5, 8 und 9). Es bietet die Handhabe zu machtvollen Aktionen, die den Anspruch des Volkes an Bundestag und Regierung durchzusetzen vermögen, wenn es — wie zur Zeit — soweit gekommen ist, daß die gewählten Vertreter des Volkes in ihrer Mehrheit gegen dessen Forderungen handeln.

Der Begriff der „Verteidigung“ ist irreführend

Bei dem Kampf, den es jetzt zu führen gilt, kommt es darauf an, mit aller Entschiedenheit gegen die Verwirrung und Vernebelung der öffentlichen Meinung durch offizielle Verlautbarungen aufzutreten.

Im „Bulletin“ der Bundesregierung konnte man am 13. März lesen: „Seit über 10 Jahren sind sich die Fachleute darüber einig, daß die einzig mögliche Art der Verteidigung — insbesondere gegen massive Luftangriffe — nur mit Atomsprengkörpern ausgerüstete Raketen sind. Wenn wir uns nicht mit diesen Waffen verteidigen wollten, dann wäre dies gleichbedeutend mit der Behauptung, daß die Verteidigung zu kostspielig und zu gefährlich ist, und daß wir deshalb auf jede Verteidigung überhaupt verzichten. In einer vollkommenen Welt wäre diese Haltung vertretbar. In der Welt von heute könnte sie sich noch als verbrecherisch erweisen.“

Da haben wir es also. Es ist „verbrecherisch“, sich gegen die Atompolitik zu wenden, weil eine solche Haltung uns der einzig möglichen Verteidigungsmittel beraubt. Das werden wir bald noch detaillierter gesagt bekommen. Man wird — genau wie bei der Paulskirche — auch diesmal wieder davon sprechen, daß „moskauhörige Elemente“ die „Atompanik“ schüren; denn es ist ja bei uns üblich geworden, daß jeder, der „die Stimme der Vernunft erhebt, als Sowjetist und Moskau-Anhänger beschimpft wird“ (Hagemann). Und man wird es uns mit allen Spielarten der propagandistischen Massenbeeinflussung zu suggerieren versuchen, was im „Bulletin“ bereits so trefflich formuliert wurde: „Solange die Kommunisten erklären, daß sie über eine Atomartillerie verfügen, ist es unmöglich, unsere eigenen Truppen mit veralteten Waffen auszustatten.“ Ist das nicht einleuchtend?

Mit dieser offensichtlichen Verzerrung der Tatsachen wird man in der nächsten Zeit für die Atombewaffnung der Bundesrepublik werben. Dem gilt es unbeirrt folgendes entgegensetzen: Die Sowjetunion hat sich nicht gegen uns, sondern gegen die völlige Einkreisung ihres Landes durch amerikanische Atombomberstützpunkte mit „Atomartillerie“ ausgerüstet. Solange nur die beiden westlichen Großmächte (USA, Großbritannien) und die Sowjetunion über Massenvernichtungsmittel verfügen, besteht noch eine berechtigte Hoffnung auf Einstellung des Rüstungswahnsinns. Nicht etwa einer jener „unrealistischen Intellektuellen“, sondern der Kriegsheld der pazifischen Streitkräfte der USA, General MacArthur, hat die Situation klar analysiert: „Die augenblicklichen Spannungen samt der ihnen innewohnenden Gefahr der Vernichtung ganzer Völker werden durch zwei große Illusionen genährt. Die eine ist die feste Überzeugung der sowjetischen Welt, daß die kapitalistischen Länder sie eines Tages zu überfallen beabsichtigen. Die andere Illusion ist die feste Überzeugung der kapitalistischen Länder, daß die Sowjets ihrerseits sie eines Tages zu überfallen beabsichtigen. Beide Seiten irren. Jeder wünscht den Frieden genau so wie der andere.“ (Rede vor der American Legion, 26. 1. 1955.) Es geht jetzt darum, einen Sieg der Vernunft über den von den Militärpolitikern systematisch erzeugten Illusionismus zu erringen. Es geht darum, das Rüstungsfieber zu bekämpfen und durch Schaffung von Zonen der Entspannung schrittweise einen erträglichen Zustand für die Menschen in West und Ost zu erwirken. Die atomare Aufrüstung der Bundeswehr verhindert die Entspannung. Sie intensiviert statt dessen die Rüstungsanstrengungen auf beiden Seiten. Rake-

tenbasen in Westdeutschland erzwingen automatisch die Anlage gleicher Einrichtungen in der DDR, in Polen und der Tschechoslowakei. Mitteleuropa, bisher schon ein Krisenherd der Weltpolitik, wird nun zu einem Pulverfaß gemacht, in dem ein zündender Funke die totale Vernichtung allen Lebens zur Folge haben kann.

Und das alles geschieht unter dem Deckmantel des völlig irreführenden „Verteidigungs“-Begriffs, der gänzlich veralteten militärischen Denkkategorien entstammt.

In der Annahme, daß das Bewußtsein der Menschen mit der rasanten Entwicklung der Technik nicht mitgekommen ist, wagt man es, auf Dummenfang auszugehen und der Bevölkerung vorzugaukeln, daß es überhaupt noch so etwas wie „Verteidigung“ gibt. In Wirklichkeit weiß jeder der Verantwortlichen, daß der Begriff der „Verteidigung“ genau so zum alten Eisen geworfen werden muß wie Flak-Artillerie, Luftschutzbunker, Panzerkreuzer und andere Dinge des für heutige Verhältnisse völlig harmlosen zweiten Weltkrieges.

Das ganze „Verteidigungs“-Gerede könnte sich als glatter Volksbetrug auswirken, wenn nicht gleichzeitig jedem einzelnen klargemacht wird, daß unsere ganze „Verteidigung“ ein Va-banque-Spiel mit dem Zufall ist. Wenn der Krieg durch den berühmten „Gewehrschuß“ des Herrn Strauß ausgelöst wird, gibt es keine „Verteidigung“ mehr. Dann gibt es nur noch Vernichtung — „nukleare und thermonukleare Explosionen“. Er hat es uns ja gesagt. Es ist nur nicht jedem deutlich, daß der „Gewehrschuß“ durchaus nicht der Anfang eines russischen Angriffs zu sein braucht (der würde ganz anders aussehen!), sondern viel eher die Fehlhandlung eines in einer kritischen Situation nervös gewordenen Leutnants sein könnte. Die „Verteidigung“, für die wir uns laut „Bulletin“ mit modernen Massenvernichtungsmitteln auszustatten haben, beruht einzig und allein auf der tollkühnen Voraussetzung, daß der „Verteidigungs“-Fall nicht eintritt.

Was unsere „Verteidigung“, für die unser Volk gigantische Summen seines Einkommens opfern soll, in Wahrheit wert ist, das geht in aller Eindeutigkeit aus einem Beitrag der „Revue militaire générale“, der Natozeitschrift (Heft 2, 1957), hervor. Dort wird der „Verteidigungs“-Fall geschildert: Durch einen überfallartigen sowjetischen Angriff auf Mitteleuropa, selbstverständlich mit atomaren Waffen, entstehen in diesem Gebiet in wenigen Augenblicken chaotische Verhältnisse. Das eigentliche Problem für die Nato-Strategen ist nun, die „Aufrechterhaltung der Atomdisziplin“; denn die betroffene Bevölkerung, soweit sie überleben konnte, ist vom Schrecken zerrüttet und vermutlich zu allem bereit, aber nicht zur Fortsetzung des Krieges. Jetzt könnten, wie die „Revue militaire générale“ ahnungsreich annimmt, unkontrollierbare Elemente zugunsten des Feindes arbeiten (nämlich: Frieden machen). Das würde bedeuten, daß das verwüstete mitteleuropäische Gebiet (sprich Bundesrepublik) für die Nato „ausfällt“. Deshalb ist es geboten, das atomzerrüttete Mitteleuropa als Aufstandszone zu betrachten. Daraus ergibt sich die „militärische Notwendigkeit“, den ehemaligen Nato-Partner mit Nato-Atombomben (durch in Nordafrika stationierte Streitkräfte) „auszuschalten“.

Das stünde uns also bevor, wenn wir die „Atomdisziplin“ nicht aufrecht erhalten. Unsere Verbündeten spielen mit dem Gedanken, in diesem Falle das, was die Sowjets bei uns noch übrig gelassen haben, durch eigene Atombomben zu vernichten. Nichts kann die wirkliche Situation der Bundesrepublik deutlicher machen als eine solche realistische und folgerichtige Offenbarung des militärischen Denkens innerhalb der Nato, der gegenüber die Bonner Regierung ihre „Pflicht“ tun wird.

Es handelt sich hier um einen jener „lokal begrenzten“ atomaren „Buschfeuerkriege“, die John Foster Dulles als Möglichkeiten künftiger Auseinandersetzungen vorschweben. Wenn die Bundesregierung zum Zwecke der „Verteidigung“ Atomwaffen fordert, ist sie bereit, das Risiko eines solchen „Buschfeuerkrieges“ mit

allen seinen Folgen für unser Land einzugehen. Sie tut es in konsequenter Fortführung der Politik der eingebildeten Stärke. In ihrer militärischen Blickverengung ist sie unfähig geworden, die politischen Möglichkeiten auszuschöpfen, die sich durch die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone ergeben.

Der Ausweg: die atomwaffenfreie Zone

Polen, das sich verzweifelt dagegen wehrt, infolge der Bonner Rüstungspolitik zur atomaren Bewaffnung gezwungen zu werden, hat durch seinen Außenminister Vorschläge für eine Zone der Entspannung in Mitteleuropa unterbreiten lassen. Der Plan hat ein weltweites Echo gefunden. Nachdem alle umfassenden Versuche zur Abrüstung und Verständigung ausnahmslos gescheitert sind, weil sie schon im Ansatz die Lösung zu vieler verfilzter Probleme forderten, bietet Rapacki nun endlich einen Ausweg aus der Heillosigkeit der mitteleuropäischen Situation an. Er schlägt vor, Polen, die Tschechoslowakei, die Bundesrepublik und die DDR aus der atomaren Rüstung herauszunehmen und damit die internationale Lage zu entspannen. Daß dieses der Fall sein würde, wagt niemand zu bestreiten. Großbritannien, Kanada und die skandinavischen Staaten haben ihr Interesse an Rapackis Vorschlägen bekundet. Den Ambitionen der „Kleineuropäer“ sind sie selbstverständlich unbequem. Die Argumente, die gegen den Rapacki-Plan vorgebracht werden, sind sämtlich nicht stichhaltig. Zunächst versuchte man, die polnischen Vorschläge damit zu erledigen, daß sie keine Kontrollmaßnahmen beinhalteten. Als Rapacki daraufhin sofort die Bereitschaft zeigte, über Wege einer internationalen Überwachung des Gebietes zu verhandeln, behauptete die Bundesregierung, es gäbe überhaupt keine absolut sichere Kontrolle, und bestellte sich ein Gutachten des Verteidigungsministeriums, das die ganze Gefährlichkeit des Rapacki-Planes für die militärische Situation in Europa nachzuweisen hatte.

Und um auch noch ein Übriges zu tun, wurde wieder das alte formaljuristische Argument des Außenministeriums hervorgeholt, und man behauptet, daß die Bundesrepublik durch den Rapacki-Plan genötigt würde, die DDR anzuerkennen. Die Aufrechterhaltung der Fiktion, daß es so etwas wie einen zweiten deutschen Staat nicht gibt, ändert zwar nichts daran, daß 17 Millionen Deutsche in ihm leben, von ihm Reisepässe ausgestellt bekommen und Steuern an ihn zahlen. Aber die Frage der Anerkennung ist eine Hürde, die sich leicht in den Weg stellen läßt, wenn man schon nach Hindernissen sucht. Immerhin, auch dieses Argument versagt, denn es ist vorgeschlagen worden, daß die Regierungen der beteiligten staatlichen Territorien unabhängig voneinander die Verträge über eine atomwaffenfreie Zone bei der UNO hinterlegen.

Um der Diskussion über den Rapacki-Plan ein Ende zu bereiten, bestellte schließlich der Bundesverteidigungsminister Raketen in Amerika, zweifellos in der Absicht, die längst schon fällige, offene Stellungnahme der Bundestagsmehrheit für die Atomaufrüstung zu beschleunigen.

Die Politik der Stärke ist in die Phase der selbstmörderischen Machtdemonstration übergeschlagen. Die deutschen Militärpolitiker haben unser Volk zweimal in den letzten 50 Jahren in eine Katastrophe getrieben. Dürfen wir es zulassen, daß es ein drittes Mal geschieht?

Wer gegen die Atombewaffnung der Bundesrepublik ist, muß für eine atomwaffenfreie Zone sein. Er darf wissen, daß er also dieses Land und seine Menschen nicht schutzlos macht, sondern einen wesentlichen Beitrag zur Entspannung der Welt leistet, die sich nach Frieden sehnt.